

L1 Frontex fetzen! Menschen statt Grenzen schützen.

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-
Württemberg (Beschluss vom 09.04.2026)
Tagesordnungspunkt: 5 Leitantrag

Antragstext

1 Flucht ist nicht freiwillig

2 Der Umgang mit Migration ist zu eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen unserer
3 Zeit geworden.

4 Während Migrant*innen in politischen Debatten immer wieder als Gefahr für die
5 öffentliche Sicherheit dargestellt und auf ihren wirtschaftlichen Nutzen für den
6 Arbeitsmarkt reduziert werden, verschärfen die europäischen Staaten ihre
7 Abschottungspolitik. Grenzen werden hochgezogen und die Rechte von
8 Schutzsuchenden immer weiter eingeschränkt. Menschen sterben weiterhin im
9 Mittelmeer, werden an den Außengrenzen in illegalen Pushbacks zurückgedrängt und
10 in Lager, beschleunigte Verfahren sowie haftähnliche Unterkünfte gezwungen.

11 Statt Schutz zu gewährleisten und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu
12 ermöglichen, macht die Bundesregierung Abschreckung, Ausgrenzung und
13 Erniedrigung zur politischen Leitlinie.

14 Mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und ihrer
15 Umsetzung in deutsches Recht ist dieser Kurs dramatisch verschärft worden.
16 Beschleunigte Grenzverfahren führen zu mehr Freiheitsbeschränkungen und
17 schlechterem Rechtsschutz. Insbesondere für Kinder und andere schutzbedürftige
18 Menschen droht sich die Situation zu verschärfen.

19 Für uns steht fest: Wir tragen diese Politik der Abschottung nicht mit. Wir
20 stehen hinter dem Grundrecht auf Asyl, der Genfer Flüchtlingskonvention und der
21 Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Würde des Menschen ist und bleibt
22 unantastbar. Sie muss auch an der Grenze, auch in Unterkünften, auch im
23 Aufenthaltsrecht garantiert sein.

24 Rassistische Hetze ist politische Praxis

25 In der aktuellen Migrationsdebatte wird Migration ausschließlich als Problem
26 dargestellt. Migration erfolge zur Einwanderung in Sozialsysteme und sei ein
27 Risiko für die Sicherheit im Aufnahmeland.

28 Diese Narrative sind falsch. Wie das [Ifo-Institut](#) festgestellt hat, besteht kein
29 Zusammenhang zwischen dem Anteil von Migrant*innen und der Kriminalitätsrate;
30 Unterschiede ergeben sich vor allem durch örtliche Umstände. Menschen fliehen
31 nicht, weil sie den deutschen Sozialstaat „ausnutzen“ wollen, sondern weil sie
32 durch Krieg, politische sowie ethnische Verfolgung, patriarchale Gewalt,
33 Queerfeindlichkeit oder Klimakatastrophen dazu genötigt werden. Flucht ist nicht
34 freiwillig.

35 Darüber hinaus sind diese Narrative gefährlich. Sie verschieben die Grenzen des
36 Sagbaren, normalisieren rassistische Erklärungen sozialer Probleme und machen
37 Geflüchtete zu Sündenböcken für politische Versäumnisse. Wer sich dem anpasst,
38 stärkt nicht „die Mitte“, sondern rechte Narrative. Und wer heute von einer
39 „Begrenzung irregulärer Migration“ spricht, übernimmt längst die Sprache
40 derjenigen, die Menschenrechte zu einem Gut von Privilegierten machen wollen.
41 Das Problem ist nicht, dass zu viele Menschen Schutz suchen. Das Problem ist
42 eine Politik, die lieber Grenzen als Menschen schützt, lieber bürokratisiert als
43 unterstützt und lieber abschiebt als integriert.

44 Wir brauchen eine neue Migrationsdebatte, die genau das in den Vordergrund
45 stellt. Flucht ist nicht freiwillig und deshalb ist es unsere moralische
46 Verantwortung zu handeln und Menschen Sicherheit zu geben.

47 **Humane Fluchtbedingungen sichern!**

48 Viele Menschen erleben auf der Flucht Gewalt, Verlust, Folter oder sexualisierte
49 Übergriffe. Sichere Fluchtrouten (z.B. über Sonderaufnahmeprogramme) gibt es
50 kaum. Die ohnehin begrenzten Zugangswege werden weiter eingeschränkt.
51 Abschreckung dominiert. Doch es ist ein Irrglauben zu denken, dass Grausamkeit
52 Menschen von der Flucht abhalten würde. Genau das Gegenteil ist der Fall,
53 Abschottung macht Flucht nicht weniger, sondern Fluchtwege nur gefährlicher.
54 Denn: Flucht ist nicht freiwillig. Darauf weisen Menschenrechts- und
55 Flüchtlingsorganisationen sowie Fachverbände seit Jahren hin. Auch progressive
56 Konzepte für eine humane Fluchtpolitik setzen deshalb auf sichere Fluchtwege,
57 Teilhabe, Familiennachzug, offene Unterbringung und ein Ende von Abschiebungen
58 statt auf Abschreckungspolitik.

59 Ohne sichere Fluchtwege sind Schutzsuchende Schleppern, Frontex- Gewalt an den
60 Grenzen und dem Mittelmeer ausgeliefert. Dabei entstehen traumatische
61 Erfahrungen, die eine erfolgreiche Integration zusätzlich erschweren. Deshalb
62 fordern wir einen verlässlichen, frühzeitigen und diskriminierungsfreien Zugang
63 zu psychologischer und psychotherapeutischer Versorgung, unabhängig vom

64 Aufenthaltsstatus. Dolmetschung und kultursensible Angebote müssen mitfinanziert
65 werden, psychosoziale Zentren dauerhaft abgesichert sein. Gleichzeitig braucht
66 es den vollen Zugang zu effektiver Gesundheitsversorgung.

67 Außerdem müssen sichere und legale Fluchtwege ausgeweitet werden. Die zivile
68 Seenotrettung muss unterstützt und vollständig entkriminalisiert werden. Baden-
69 Württemberg soll sich über den Bundesrat für die Stärkung ziviler Seenotrettung
70 und für humanitäre Aufnahmeprogramme einsetzen. Als Land wollen wir weiterhin
71 Sonderaufnahmeprogramme für besonders verfolgte Gruppen aufsetzen. Das erste
72 Sonderkontingent für Jesid*innen hat vielen Menschen ein Leben in Freiheit
73 ermöglicht und zeigt, was humanitäre Migrationspolitik bewirken kann. Deshalb
74 fordern wir ein neues Sonderaufnahmeprogramm z.B. für Jesid*innen und ein
75 Programm, dass Familiennachzug für sie sofort ermöglicht. Außerdem muss sich die
76 Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass verfolgte Gruppen nicht
77 abgeschoben werden dürfen. Mit Sonderkontingenten hat sie einen Hebel, um
78 Menschen konkret zu helfen. Besonders gefährdete Menschen, queere Personen,
79 Frauen, Minderjährige oder politisch Verfolgte brauchen dringend verlässliche
80 Zugänge zu wirksamem Schutz.

81 Migrationsabkommen, die Abschottung externalisieren, Menschenrechte auslagern
82 und autoritäre Regime zu Türstehern Europas machen, lehnen wir ab. Europa darf
83 sich nicht von seiner Verantwortung freikaufen.

84 **Integration und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen**

85 Integration gelingt nur durch soziale Rechte, sicheren Wohnraum, Gesundheit,
86 Sprache, Bildung, Arbeit und demokratische Teilhabe.

87 Deswegen braucht es einen schnellen Zugang zu Arbeit und Ausbildung. Besonders
88 FINTA*-Personen müssen mit gezielten Angeboten unterstützt werden.
89 Arbeitsverbote und ewig lange Genehmigungsverfahren müssen abgeschafft werden.
90 Im Ausland erworbene Abschlüsse müssen schneller anerkannt werden. Die
91 persönliche Identitätsklärung muss erleichtert werden, beispielsweise durch die
92 Anerkennung von Geburtsurkunden. Sprach- und Integrationskurse müssen
93 flächendeckend, wohnortnah, digital und auch im ländlichen Raum verfügbar sein.
94 Integrationsmanager*innen, Sozialarbeit und kommunale Beratungsstrukturen müssen
95 massiv ausgebaut und finanziell vom Land gefördert werden. Ausländerbehörden
96 müssen personell entlastet und zugleich verpflichtet werden,
97 diskriminierungssensibel, transparent und im Sinne von Teilhabe zu handeln.

98 Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft. Sprach- und
99 Integrationskurse müssen flächendeckend, wohnortnah, digital und auch im
100 ländlichen Raum verfügbar sein. Gerade deswegen ist es fatal, dass die
101 Bundesregierung aktuell freiwillige Sprachkurse kürzt. Wir bestehen auf eine
102 Fortführung des Landessprachförderprogramm „VwV (Verwaltungsvorschrift)

103 Deutsch“, damit weiterhin Menschen der Erwerb von Deutschkenntnissen ermöglicht
104 wird, die sonst keinen Zugang zu den Kursen des BAMF (Bundesamt für Migration
105 und Flüchtlinge) haben. Integrationsmanager*innen, Sozialarbeit und kommunale
106 Beratungsstrukturen müssen massiv ausgebaut und finanziell vom Land gefördert
107 werden.

108 Gleichzeitig wollen wir eine Migrationspolitik, die den Wert von Menschen nicht
109 daran misst, ob sie schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden oder unter
110 prekären Bedingungen im Niedriglohnssektor arbeiten. Ob in der Pflege, der
111 Reinigung, auf dem Bau oder in der Logistik, oft sind es genau diese strukturell
112 unterbewerteten und schlecht entlohnten Tätigkeiten, in die migrantische
113 Menschen gedrängt werden, häufig aus ökonomischem Druck heraus.

114 Menschenwürde darf nicht von Deutschkenntnissen oder Arbeitsmarktnähe abhängig
115 sein. Eine gerechte Migrationspolitik erkennt Schutz als Recht an und nicht als
116 Gegenleistung. Eine gerechte Migrationspolitik darf sich nicht von rechten
117 Narrativen treiben lassen, nur um kurzfristig Wähler*innen zu gewinnen. Sie
118 setzt auf Zusammenhalt statt Spaltung und schafft Sicherheit durch soziale
119 Rechte, nicht durch Repression. Wir kämpfen für eine vielfältige Gesellschaft,
120 in der sich unterschiedliche Perspektiven begegnen können. Nur so kann sich
121 unsere Demokratie lebendig halten.

122 **Echte Bleibeperspektiven!**

123 Im Integrationsprozess sind Ausländerbehörden Schlüsselinstitutionen. Sie müssen
124 personell entlastet und zugleich verpflichtet werden, diskriminierungssensibel,
125 transparent und im Sinne von Teilhabe zu handeln. Sie müssen perspektivisch zu
126 digitalen Service- und Teilhabebehörden umgebaut werden; mit mehrsprachigen
127 Informationen und verpflichtenden rassismuskritischen Schulungen.

128 Um dies zu erreichen, fordern wir für Baden-Württemberg ein Landesprogramm gegen
129 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, verpflichtende Antidiskriminierungs- und
130 Diversitätsschulungen in Ausländerbehörden und Sicherheitsbehörden sowie den
131 konsequenten Ausbau unabhängiger Beschwerde- und Kontrollstrukturen. Die
132 Beschwerdestellen für Landeserstaufnahmestellen muss personell deutlich besser
133 ausgestattet und auch auf diese wohnortnahe Unterbringung ausgeweitet werden,
134 damit sie überall erreichbar ist und Betroffene wirksam unterstützt.

135 Aktuell erleben wir eine Politik, die Menschen über Jahre in Duldung hält und
136 Unsicherheit mit Absicht produziert. Indem Planbarkeit verhindert wird,
137 blockiert sie eine erfolgreiche Integration und schafft dauerhafte existenzielle
138 Nöte.

139 Wir dagegen sind der Überzeugung, dass eine effektive Integrationspolitik

140 Perspektiven schaffen muss, die Menschen dazu ermutigen, aktiv zu werden.
141 Zunächst müssen Duldungen nicht für drei, sondern grundsätzlich für zwölf Monate
142 ausgestellt werden. Dennoch entstehen durch die wiederholte Verlängerung dieser
143 Duldungen sogenannte Kettenduldungen, die Menschen über Jahre hinweg in einem
144 unsicheren, prekären Status ohne echte Perspektive festhalten.

145 Dieser Zustand darf kein Dauerzustand sein. Wer über einen längeren Zeitraum
146 faktisch hier lebt, muss auch eine verlässliche Bleibeperspektive erhalten.
147 Deshalb fordern wir: Nach zwei aufeinanderfolgenden Duldungen muss ein
148 Aufenthaltstitel erteilt werden und das unabhängig von der abschließenden
149 Klärung der Identität.

150 Fiktionsbescheinigungen, die den Aufenthalt während laufender Verfahren sichern,
151 müssen kostenfrei verlängert werden, gerade wenn Verzögerungen durch Behörden
152 verursacht werden. Gebühren für Aufenthaltstitel müssen drastisch gesenkt und an
153 die Kosten von Personalausweisen angepasst werden.

154 Wir fordern ein Bleiberecht, das nicht von permanenter Angst begleitet ist,
155 sondern Hoffnung weckt und Perspektiven schafft.

156 Dazu braucht es eine umfassende Reform des Bleiberechtserlasses. Das
157 Innenministerium muss den Erlass klarer und großzügiger zugunsten der
158 Betroffenen formulieren. Die Verlängerung der Duldungszeiten in BaWü und die
159 damit verbundene Entlastung der Ausländerbehörden soll per Erlass festgelegt
160 werden. Wie seit Jahren von IHK bis Flüchtlingshilfe gefordert, muss der Erlaß
161 klar festlegen: Wir beenden die Abschiebung von Schüler*innen, Auszubildenden
162 und unterhaltsfähig Beschäftigten. Den Ausländerbehörden muss das Ministerium
163 deutlich machen, dass sie Entscheidungen im Rahmen ihrer aktuell schon
164 existierenden Ermessensfreiheit häufiger zugunsten der Betroffenen treffen
165 sollen. Die Ausländerbehörden müssen ihre Entscheidungen stärker an den
166 tatsächlichen Lebenssituationen ausrichten. Identifizierung von Personen muss
167 erleichtert werden, beispielsweise durch die Anerkennung von Geburtsurkunden.
168 Erfahrungen aus Arbeit, Schule oder Ausbildung sollen stärker berücksichtigt
169 werden, ohne zusätzliche Hürden zu schaffen. Ziel ist es, mehr Menschen eine
170 sichere Aufenthaltsperspektive zu ermöglichen.

171 Es gehört zum Rechtsstaatsprinzip, ein faires Verfahren zu ermöglichen.
172 Unabhängige Rechtsberatung muss vom ersten Tag an garantieren. Wir fordern
173 deshalb das Recht auf kostenlose, unabhängige Rechtsberatung in allen Asyl- und
174 Aufenthaltsverfahren und ausdrücklich auch in jeder Abschiebehaftanstalt. Zugang
175 zu Anwäl*innen, Dolmetschung und wirksamem Rechtsschutz darf nicht davon
176 abhängen, in welcher Unterkunft jemand lebt, welchen Status eine Person hat oder
177 wie überlastet eine Behörde ist. Die Gleichbehandlung vor dem Gesetz darf nicht
178 am Geldbeutel oder Herkunftsland entschieden werden.

179 Die ehrenamtliche Härtefallkommission leistet wichtige Arbeit für eine
180 menschenrechtsorientierte Anwendung des Asyl- und Aufenthaltsrechts. Sie prüft
181 sorgfältig, ob Menschen in besonderen persönlichen Situationen doch ein
182 Bleiberecht erhalten können.

183 Widersprüche gegen ihre Beschlüsse, also gegen Aufnahmen aus humanitären
184 Gründen, dürfen deshalb nur in absoluten Ausnahmefällen erfolgen. Das kann etwa
185 dann der Fall sein, wenn nachträglich schwerwiegende neue Erkenntnisse bekannt
186 werden, die der Kommission nicht zugänglich waren. Solche Eingriffe müssen
187 transparent begründet werden und dürfen nicht politisch motiviert sein.

188 Für uns ist klar: Humanitäre Entscheidungen dürfen nicht leichtfertig
189 ausgehebelt werden. Schutz und Bleiberecht sind Ausdruck von Menschenwürde und
190 müssen entsprechend respektiert werden.

191 **Abschiebehaft heißt Freiheitsentzug ohne Straftat!**

192 Abschiebungen sind keine Lösung, sondern Teil des Problems. Jeder Mensch hat ein
193 Recht auf Sicherheit, Würde und ein Leben ohne Angst vor staatlicher
194 Vertreibung. Eine Politik, die Menschen entrechtet und aus ihrem Leben reißt,
195 statt Schutz und Perspektiven zu schaffen, verfehlt ihren eigenen Anspruch, gute
196 Politik für alle Menschen im Land zu machen. Dass weiterhin abgeschoben wird,
197 ist politische Absicht.

198 Abschiebungen aus Schulen, Ausbildungsstätten, Kliniken und anderen Schutzräumen
199 müssen sofort beendet werden.

200 Abschiebehaft ist kein neutrales Verwaltungsinstrument. Sie bedeutet
201 Freiheitsentzug gegenüber Menschen, die keine Straftat begangen haben, sondern
202 deren „Vergehen“ allein darin besteht, keinen gesicherten Aufenthaltsstatus zu
203 haben. Das ist politisch nicht zu rechtfertigen. Wir fordern deshalb das Ende
204 der Abschiebehaft in Baden-Württemberg und die Schließung der
205 Abschiebehaftanstalt Pforzheim.

206 Solange Abschiebehaft überhaupt noch existiert, müssen wenigstens elementare
207 Rechte garantiert werden, unabhängige Rechtsberatung, psychosoziale Betreuung,
208 Zugang zu Dolmetschung sowie Zugang für ehrenamtliche Helfer*innen zu den
209 Haftanstalten. Psychische und körperliche Erkrankungen müssen konsequent als
210 Abschiebehindernis anerkannt werden. Kinder sind besonders vulnerabel und haben
211 in Haft nichts zu suchen.

212 Die Dauer der Abschiebehaft muss auf ein absolutes Minimum reduziert werden.
213 Inhaftierungen bis zu neun Monate sind nicht hinnehmbar.

214 **Ankommen statt isolieren**

215 Menschen brauchen Rückzugsräume, Privatsphäre und Sicherheit. Sicherer Wohnraum
216 als Sicherheitsanker ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe
217 und Integration. Deshalb fordern wir offene, dezentrale Unterbringung, also die
218 Verteilung von Geflüchteten auf Wohnungen statt Sammelunterkünften, und den
219 schnellen Zugang zu eigenem Wohnraum. Unterkünfte müssen verbindliche
220 Mindeststandards erfüllen. Dazu gehören besondere Schutzräume und eine
221 bedarfsgerechte Unterbringung für Kinder, Jugendliche, Frauen und queere
222 Menschen, Internetzugang, ausreichend Wohnfläche sowie transparente
223 Informationen über die Rechte der Bewohner*innen. Entwürdigende
224 Taschenkontrollen und willkürliche Zimmerkontrollen lehnen wir ab.

225 Es brauchte das Bundesverfassungsgericht, um (der Politik) noch einmal deutlich
226 zu machen, was für uns klar und unverhandelbar ist: Für geflüchtete Menschen
227 gelten die gleichen Grundrechte wie für alle anderen auch. Zimmer in
228 Gemeinschaftsunterkünften sind geschützte Rückzugsräume, Polizei und Behörden
229 dürfen sie zur Abschiebung nicht ohne richterlichen Beschluss betreten. Auch
230 daran zeigt sich, wie tief die Abschiebepaxis in Grundrechte eingreift.

231 Gerade jetzt kommt es auf die Länder an. Denn trotz bundes- und
232 europarechtlicher Verschärfungen hat Baden-Württemberg Spielräume. Diese
233 Spielräume müssen nun gegen haftähnliche Unterbringung, gegen
234 Sekundärmigrationszentren, gegen eingeschränkte Bewegungsfreiheit und gegen
235 Ausgrenzung genutzt werden.

236 Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert zu Recht, dass das Land
237 Freiheitsbeschränkungen minimieren, offene und dezentrale Unterbringung
238 priorisieren, unabhängige Rechtsberatung sichern und insbesondere Kinder sowie
239 andere schutzbedürftige Menschen schützen muss.

240 Wir lehnen Lagerunterbringung grundsätzlich ab und setzen uns dafür ein, dass
241 die Grünen in der Landesregierung diesen Kurs klar zurückweisen. Menschen
242 brauchen Schutz, Ruhe, Privatsphäre und die Möglichkeit, anzukommen.

243 Deshalb sagen wir klar: In Baden-Württemberg darf es kein sogenanntes
244 Sekundärmigrationszentrum geben; eine Einrichtung, in der Menschen nach ihrer
245 Ankunft erneut zentral untergebracht, isoliert und in ihrer Bewegungsfreiheit
246 eingeschränkt werden, u.a. um Abschiebungen effizienter zu organisieren - geben.

247 Statt solcher Strukturen braucht es eine Unterbringung in Wohnungen und
248 kleineren Einheiten vor Ort, mit verbindlichen landesweiten Mindeststandards.

249 Migrationspolitik braucht Transparenz statt Abschottung nach innen. Die

250 Landesregierung muss einen öffentlichen, laufend aktualisierten Umsetzungsplan
251 zur GEAS-Reform vorlegen, dabei die Zivilgesellschaft verbindlich beteiligen und
252 die Auswirkungen auf Kommunen und Betroffene offenlegen. Wer Rechte einschränkt,
253 darf das nicht im Beamtendeutsch auf Ausländerbehörden tun. Denn Recht muss für
254 alle Menschen gleichermaßen gelten.

255 **Kommunen unterstützen statt ausbremsen**

256 Die kommunale Ebene ist der Schlüssel, um Menschen beim Ankommen zu
257 unterstützen, dafür braucht es jedoch Unterstützung von Bund und Land. Um den
258 angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten und ein Gegeneinander-Ausspielen
259 unterschiedlicher Gruppen zu verhindern, braucht es ausreichend finanzielle
260 Mittel zur Schaffung von Wohnraum, flankiert von dringend notwendigem Personal,
261 das Integrationsprozesse professionell begleitet, ehrenamtliche Strukturen
262 entlastet und eine schnelle sowie faire Prüfung von Asylanträgen gewährleistet.
263 Ergänzend dazu sind transparente und gerechte Verteilschlüssel erforderlich,
264 wenn diese unumgänglich sind, die Städten und Landkreisen verlässliche
265 Planbarkeit ermöglichen und zugleich sicherstellen, dass überall vor Ort ein
266 bestmögliches Ankommen gelingt.

267 Die Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir entschieden ab. Sie ist kein
268 Integrationsinstrument, sondern ein Instrument des Misstrauens. Sie schränkt
269 Selbstbestimmung ein, erschwert den Alltag, stigmatisiert Menschen und schafft
270 bewusst ein Zwei-Klassen-System. Solange sie nicht abgeschafft ist, müssen
271 Kommunen zumindest die volle Wahlfreiheit haben, auf eine Umsetzung zu
272 verzichten bzw. selbst zu entscheiden, unter welchen Bedingungen sie sie
273 anwenden, etwa mit umfassender Bargeldverfügbarkeit.

274 **Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordern wir:**

- 275 • die Unterstützung und Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung,
- 276 • einen stärkeren Einsatz für sichere Fluchtwege, z.B. durch die Auflage von
277 Sonderaufnahmeprogrammen verfolgten Gruppen
- 278 • die Gewährleistung von medizinischer und psychosozialer Versorgung für
279 Geflüchtete
- 280 • ein Landesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und
281 verpflichtende Sensibilisierung in Behörden,

- 282 • dass Duldungen grundsätzlich für zwölf statt für drei Monate ausgestellt
283 werden,

- 284 • nach zwei aufeinanderfolgenden Duldungen muss ein Aufenthaltstitel erteilt
285 werden und das unabhängig von der abschließenden Klärung der Identität.

- 286 • einen schnellen Zugang zu Arbeit und Ausbildung, z.B. durch eine
287 Genehmigungsfiktion für Arbeitserlaubnisse,

- 288 • dass Fiktionsbescheinigungen kostenfrei verlängert und Aufenthaltstitel
289 preislich an die Kosten von Personalausweisen angepasst werden,

- 290 • verbindliche Mindeststandards und die Stärkung der unabhängigen
291 Beschwerdestellen für Unterkünften,

- 292 • die Gewährleistung von unabhängiger, kostenloser Rechtsberatung in allen
293 Asyl- und Aufenthaltsverfahren sowie in Abschiebehaft,

- 294 • die Abschaffung der Abschiebehaft und Schließung der Abschiebehaftanlage
295 in Pforzheim

- 296 • sowie die Einstellung von Abschiebungen aus Schutzräumen,

- 297 • ein sofortigen Abschiebestopp für Auszubildende, Schüler*inne, Studierende
298 und Unterhaltsfähige,

- 299 • eine offene, dezentrale und würdewahrende Unterbringung,

- 300 • keine geschlossenen oder haftähnlichen Unterbringungen,

- 301 • keine Sekundärmigrationszentren,

- 302 • die Abschaffung der Bezahlkarte,
- 303 • die Stärkung migrantischer Selbstorganisation,
- 304 • Eine migrationspolitische Debatte, die Asyl als moralische Verantwortung
305 begreift.
- 306 • und Kinder, Familien, Traumatisierte und andere schutzbedürftige Menschen
307 besonders zu schützen.

308 Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Migration ist keine Bedrohung. Wir
309 weigern uns, rechte Rhetorik zu übernehmen, nur weil sie gerade mehrheitsfähig
310 gemacht werden soll. Wir kämpfen für eine Politik, die Menschen schützt statt
311 Grenzen, die Solidarität organisiert statt Ausgrenzung und, die Baden-
312 Württemberg nicht zum Verwaltungsstandort der Abschottung, sondern zu einem Ort
313 der Menschenwürde macht.

314 Deshalb: **Frontex fetzen! Menschen statt Grenzen schützen!**

Einfache Sprache

315 Migration ist eine wichtige Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Trotzdem wird sie
316 oft falsch dargestellt: Menschen auf der Flucht werden als Gefahr beschrieben
317 oder nur danach bewertet, ob sie arbeiten.

318 Gleichzeitig schotten sich europäische Staaten immer stärker ab. Grenzen werden
319 geschlossen, Rechte eingeschränkt. Menschen sterben im Mittelmeer oder werden an
320 Grenzen zurückgedrängt. Viele landen in Lagern oder Verfahren ohne echten
321 Rechtsschutz. Statt Schutz zu geben, setzt die Politik auf Abschreckung. Mit der
322 Reform des europäischen Asylsystems wird das noch schlimmer. Besonders Kinder
323 und schutzbedürftige Menschen leiden darunter.

324 Für uns ist klar: Das Grundrecht auf Asyl gilt. Die Würde jedes Menschen gilt
325 überall auch an Grenzen.

Flucht ist kein Verbrechen

327 In Debatten wird Migration oft als Problem dargestellt. Es wird behauptet,

328 Menschen kämen nur wegen Geld oder seien gefährlich. Das stimmt nicht. Menschen
329 fliehen vor Krieg, Gewalt, Verfolgung oder Klimakrisen. Flucht ist nicht
330 freiwillig. Solche falschen Erzählungen sind gefährlich. Sie machen Menschen zu
331 Sündenböcken und stärken rechte Politik. Das eigentliche Problem ist nicht
332 Migration. Das Problem ist eine Politik, die Menschen ausgrenzt statt schützt.

333 **Sichere Fluchtwege statt Abschreckung**

334 Viele Menschen erleben auf der Flucht Gewalt und Traumata. Sichere Wege gibt es
335 nicht. Abschottung und Grausamkeit stoppt Flucht nicht, sie macht sie nur
336 gefährlicher.

337 **Deshalb fordern wir:**

- 338 • sichere und legale Fluchtwege

- 339 • Unterstützung für Seenotrettung

- 340 • Familiennachzug

- 341 • keine Abschiebungen und das Ende der Abschiebehaft, also von
342 Inhaftierungen ohne Straftat

343 Menschen brauchen außerdem Zugang zu:

- 344 • Gesundheitsversorgung

- 345 • psychologischer Hilfe

- 346 • Dolmetschung

347 **Integration heißt Teilhabe**

348 Integration funktioniert nur mit Rechten und Perspektiven.

349 Dazu gehören:

- 350 • schneller Zugang zu Arbeit und Ausbildung
- 351 • gute Sprachkurse überall
- 352 • Anerkennung von Abschlüssen
- 353 • Beratung und Unterstützung vor Ort

354 Menschenwürde darf nicht davon abhängen, ob jemand arbeitet oder Deutsch
355 spricht.

356 **Bleiberecht statt Unsicherheit**

357 Viele Menschen leben jahrelang in Unsicherheit mit einer Duldung. Das verhindert
358 Integration.

359 Wir sagen: Wer lange hier lebt, braucht eine echte Perspektive.

360 Deshalb:

- 361 • schneller Zugang zu Aufenthaltstiteln
- 362 • weniger Bürokratie
- 363 • kostenlose Beratung und faire Verfahren

364 **Abschiebehaft abschaffen**

365 Abschiebehaft bedeutet Gefängnis ohne Straftat. Das ist nicht gerecht.

366 Wir fordern:

367 • Ende der Abschiebehaft

368 • keine Abschiebungen aus Schulen oder Krankenhäusern

369 **Menschenwürdig wohnen**

370 Menschen brauchen sichere Wohnungen, keine Lager.

371 Deshalb:

372 • dezentrale Unterbringung in Wohnungen

373 • Schutzräume für besonders gefährdete Personen

374 • klare Mindeststandards

375 **Als GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordern wir:**

376 Migration ist kein Problem, sondern Realität. Menschenrechte sind nicht
377 verhandelbar.

378 Wir wollen eine Politik:

379 • die Menschen schützt statt Grenzen

380 • die Solidarität stärkt statt spaltet

381 • die Würde für alle garantiert

382 Deshalb: Frontex fetzen! Menschen statt Grenzen schützen.

Unterstützer*innen

Leon Klotzbach, Vanessa Herbert, Daniel Stefan Christmann, Clara López García, Leo

Buchholz, Estrella Rödel, Merlin Seeling, Antonia Kind